Rede

— des —

Dr. Gustav Brühl,

(demokratischen Candidaten für Staats-Schatzmeister,)

— Gehalten zu —

Newark, Ohio,

— am —

Mittwoch, den 6ten September 1871.

Druck von Reinhard u. Fieser, Columbus, Ohio.

329
B83R

Rede des Dr. Gustav Brühl,

gehalten in

Newark, O., am Mittwoch, 6. September 1871.

Meine Mitbürger!

Etwa ein Drittel der Bundesstaaten halten in diesem Herbste ihre Staatswahlen oder haben sie theilweise schon gehalten, und aus dem Resultat derselben läßt sich mit ziemlicher Gewißheit schließen, welche Partei den höchsten Executivbeamten nächstes Jahr in's Weiße Haus schickt, und welche Politik im nächsten Termin die Geschicke unserer Nation bestimmt. Insofern kommt diesen Wahlen eine mehr als bloß lokale Bedeutung zu, da sie den Fingerzeig abgeben, ob das Volk mit der jetzigen Regierung zufrieden ist, oder einen Umschwung und eine Reform verlangt, ob es sich damit begnügt, daß die herrschende Partei mit den Thaten vergangener Jahre prahlt und am Lorbeer ihrer Errungenschaften zehrt, ohne auf die brennenden Fragen der Gegenwart einzugehen; ob es den San Domingoschwindel gut heißt, unsere miserable Finanz-Wirthschaft endossirt, die politische Entrechtung ehemaliger Bürger länger duldet, dem Präsidenten eine unumschränkte Macht übertragen, die Legislative zum Vortheil der Monopole und Corporationen mißbraucht und die Freiheit des Bürgers mehr und mehr gefährdet haben, oder ob es mit einer solchen Regierung einmal aufräumen und eine Partei an die Spitze stellen will, die ihre Zeit versteht und ihren Anforderungen Rechnung zu tragen versprochen hat.

Die Schwächen und Mißgriffe der Administration wurden vom intelligenten Flügel der republikanischen Partei, dem das Wohl des Landes am Herzen liegt, und eine Reform innerhalb der Familie möglich erschien, schon längst erkannt und er ließ es nicht an Versuchen fehlen, um vernünftige und von der Nothwendigkeit gebotene Reformen anzubahnen. Ehre diesen Männern! Man muß den Muth und die Freimüthigkeit haben, auch bei seinen Feinden das Gute anzuerkennen. Aber was war ihr Loos? Man suchte sie aus der Partei hinauszuschreien und hinauszuschreiben; auf allen republikanischen Conventionen bot man ihnen die kalte Schulter, ihre Vorschläge wurden verstümmelt oder gänzlich ignorirt, weil man das Volk für dumm und knechtisch genug hielt, es mit den alten Ködern zum Stimmen des vorgeschriebenen Tickets zu verlocken. Wenn sich die Herren nur nicht die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben! An Euch ist es denn, meine Mitbürger, namentlich an Euch, Ihr Republikaner, zu zeigen, ob Ihr als freie und denkende Männer handeln oder als getreue Eckarte der Aemterjägerbande dienen und das Land tiefer und tiefer in's Elend stürzen wollt.

Die demokratische Partei ist die Partei des Fortschritts, die republikanische Partei die Partei des Stillstandes geworden; jene kämpft für, und diese gegen Reform. Nur Gefühlsrücksichten, die Gewohnheit und die der menschlichen Natur innewohnende Anhänglichkeit können den ehrlichen Republikaner noch länger an seine Parthei fesseln, da er die Ziele, welche er innerhalb derselben anstrebte, erreicht sieht. Neues wird nicht geboten. Ihre Mission ist also zu Ende. Das zeigt ihre Platform. Die Quintessenz derselben ist ein bombastischer Hinweis auf ihre früheren Großthaten und eine unterthänige Gutheißung und bedientenhafte Beräuchernng der jetzigen Verwaltung; aber schlau unterläßt sie, an die Fragen der Gegenwart heranzutreten oder behandelt sie nur in zweideutiger und verblümter Sprache, so daß sich sogar das republikanische „Cincinnati Volksblatt", dessen unparteiisches Urtheil wir stets hochgeschätzt, zur Erklärung genöthigt sieht, daß sie wohl von den Fachpolitikern, denen es mehr um die Brode und Fische, als um Grundsätze zu thun sei, für ein Kunststück gehalten werde, aber die gesinnungstüchtigen Republikaner nicht befriedigen könne.

44688

Die „New Departure."

Aber gerade über die Hauptfragen, die über kurz oder lang die schroffe Scheidungslinie zwischen den Parteien ziehen müssen, die Amnestie, den Tarif, die gleichmäßige Vertheilung der Besteuerung und die Reform in der Verwaltung, spricht sich die demokratische Platform bündig und bestimmt aus, verlangt ein für die Bedürfnisse der Regierung zureichendes Minimum der Steuern, erklärt sich entschieden gegen das Schutzzollsystem und befürwortet die Ausrottung der Corruption in allen Zweigen der Regierung. Die Idee, für welche die republikanische Partei in ihren glorreichen Tagen, wo sie wenigstens der Heiligenschein der Humanität umstrahlte, mit Eifer und Energie stritt, die Idee der Gleichstellung aller Bürger ohne Unterschied der Farbe und Race, die einzige Planke, welche die Ehrlichen beider Parteien von einander trennen konnte, wurde in den demokratischen Conventionen acceptirt und die volle, getreue und absolute Aus- und Durchführung der jetzt in Kraft bestehenden Constitution nebst ihren Amendments versprochen. Das war keine bloße Spiegelfechterei, wie man uns so gern vorwerfen möchte. Die junge Demokratie, welche jene Beschlüsse durchsetzte, meint es ehrlich und keiner Reaktion wird es je gelingen, die Amendments umzustoßen, außer auf constitutionellem Wege! Aber ein homerisches Gelächter würde dem Politiker von allen Seiten, von Freund und Feind, als Echo zurückschallen, der zuerst für eine solche Reaktion seine Stimme erheben würde. Auch das Oberbundesgericht kann die Amendments nicht annulliren. Sobald sie vom Staatssecretär als genehmigt proclamirt wurden, waren sie ein unzertrennbarer Theil der Constitution, so weit es die richterliche Gewalt betrifft; jedes Bundesgericht hat sie als vollendete Thatsache anerkannt, und darnach seine Entscheidungen abgegeben. Sie sind da und bleiben da!

Freilich hat uns unser liberales Vergehen zwischen ein heftiges Kreuzfeuer gebracht. Auf der einen Seite bombardirte uns, obgleich nur schwach, unser eigener Flügel, der nur in den Beschlüssen von 1798 seine einzige Parole erkennt; von der andern Seite desto heftiger die republikanischen Stabstrompeter, die unsere Motive verdächtigten, weil sie sich jetzt nach neuen Texten für ihre ausgespielten Melodien umschauen mußten. Jene zeihen uns der Inconsequenz, weil wir das, wogegen wir so standhaft gekämpft, so prompt angenommen. Aber mit Unrecht. Wir opponirten nur der Art und Weise, wie jene Amendments angenommen wurden. Seitdem sie von der gesetzlichen Majorität der Staaten ratifizirt, vom Staatssecretär als rechtsgültig promulgirt und der Constitution als integrirender Theil einverleibt sind, konnten wir uns consequenter Weise nicht länger widersetzen, da die demokratische Partei immer mit Stolz darauf hingewiesen, daß sie „die" constitutionelle Partei sei. Ruhige Ueberlegung und ein besseres Verständniß wird den Zorn der Unzufriedenen bald abkühlen. Aber heftiger als sie erboste unser Vorgehen jene republikanischen Sensationspolitiker, die mit dieser nun abgethanen Frage in den Wahlkämpfen die Leidenschaften aufstacheln, vernünftiges Nachdenken niederhalten und die Gedankenlosen im Schlepptau mitziehen konnten — es erboste sie um so mehr, weil es ihnen das Brett unter den Füßen wegzog und die breite Straße für jene Fragen ebnete, auf welcher die Wohlmeinenden beider Parteien zusammen in Reih und Glied marschiren können unter derselben Fahne, auf welcher die goldene Inschrift prangt: Gleichheit für Alle, auch die Entrechteten, Freiheit der Arbeit und den Märkten, Freiheit allen Interessen, nieder mit der Corruption, nieder mit dem Monopol! Das ist das demokratische Banner, das auch der liberale Flügel der Republikaner entfaltet hatte.

Amnestie.

Eine freie Republik kann nur durch das unverkümmerte Privilegium des allgemeinen Stimmrechts existiren. Gesteht man nun allen Bürgern ohne Rücksicht auf Farbe und Race gleiche politische und bürgerliche Rechte zu, so gebeut es die Intelligenz unseres Jahrhunderts, die Ehre und Idee eines freien Gemeinwesens, die Consequenz in der Politik, auch den Proscribirten im Süden ihre Bürgerrechte nicht länger vorzuenthalten. Eine zeitweilige Beschränkung derselben für politische Vergehen, mag, durch die Nothwendigkeit geboten, als gerechtfertigt hingehen; auf die Dauer ausgeübt, erscheint sie als Tyrannei und wird zur despotischen Partei-Maßregel.

Von diesen Grundsätzen der Klugheit und Humanität geleitet, brachte Karl Schurz auf der republikanischen Convention in Chicago einen Antrag für Amnestie ein und wußte mit der Wucht triftiger Gründe seine Annahme durchzusetzen. Hätte man demgemäß Wort gehalten, hätte man dem Süden die Hand der Versöhnung und Freundschaft gereicht, hätte man den Mahnungen der Klugheit und Humanität mehr als denen der Parteipolitik gelauscht, welch ein anderes Bild des Friedens und Glückes würde sich dort jetzt unseren Augen entrollen! Welches sind die trübseligen Folgen des Wortbruches? Geheime Vehmgerichte, blutige Morde, Haß der Racen, fahrende Glücksritter, bezahlte Soldateska zur Aufrechthaltung der Ordnung, maßlose Verschwendung der öffentlichen Gelder, offizi-

elles Plünderungs-System des Volkes, colossale Schuldenlast — das ist der Segen der fanatischen Politik, die man den heiligsten Versicherungen zuwider in jenen Staaten innehielt.

Vergleichen Sie einmal mit diesem traurigen Bilde der Verwirrung den friedlichen Zustand jener Südstaaten, in denen eine conservative Politik die Oberhand gewann. Sehen Sie auf die beiden Virginien und auf Missouri, das den weitblickenden Staatsmann, der zuerst der Versöhnung das Wort geredet, zum Dank in den höchsten Rath der Nation sandte. Wie glänzend hat sich dort die Weisheit seiner versöhnlichen Politik bewährt! Kein Staat in der Union ist heute ruhiger denn sie. Die alten Feindschaften sind vergessen und politische Gegner leben harmonisch neben einander. Nicht hört man mehr von dem Haß und den mitternächtigen Morden, von denen man so viel in den Carolinas, in Tennessee und Mississippi zu erzählen weiß. Wie durch einen Zauberschlag verschwand all dieser Unfug, diese Gesetzlosigkeit, sobald eine conservative Staatsbehörde an's Ruder kam.

Die Kukluxbill.

Eine väterliche Regierung, der das Wohl und der Friede des Volkes das höchste Ziel ist und die selbst auf die ungehorsamen Kinder mit Liebe schaut, hätte sich ein Beispiel an diesen Staaten genommen und darnach die Politik der Versöhnung in den übrigen Südstaaten zur Richtschnur gemacht. Als ein Engel des Himmels würde Grant heute von denen verehrt, die für ihn nur Flüche auf den Lippen und tödtlichen Haß im Herzen tragen. Mit Milde und Vertrauen hätte man das leicht erreicht, was brutale Gewalt erzwingen muß. Aus Furcht, daß bei einer freien Wahl sich die Volksstimme gegen die herrschende Partei wenden werde, schnitzelte man die Kukluxbill zurecht, um mit deren Hülfe den Fuß auf dem südlichen Nacken zu halten. Freilich gab man vor, sie sei nur zum Schutze der Unionsleute gegen die mitternächtigen Greuelthaten verkleideter Mörder erlassen. Nun, das war eine löbliche Absicht.

Aber die Kukluxerei ist noch in derselben Blüthe wie ehedem. Das Gesetz erfüllt also seinen angeblichen Zweck durchaus nicht, desto besser aber den von uns angegebenen. Haben Sie, meine Mitbürger, je über die gefährliche Tragweite desselben nachgedacht? Es stellt die Staaten unter die willkürliche Fuchtel des Präsidenten. Es giebt ihm das unumschränkte Recht, die Habeas Corpus Akte, das stolze Palladium der bürgerlichen Freiheit, aufzuheben, es gibt ihm die Gewalt, jeden Bürger in's Gefängniß zu werfen, ohne daß der Eingekerkerte nach der Ursache seiner Verhaftung fragen oder ein Richter die Kerkerthüre öffnen lassen darf, um seine Vertheidigung anzuhören. Es gibt dem Präsidenten die Macht, nach eigener Laune, nach eigenem Gutdünken, zu entscheiden, ob ein Staat im Aufruhr begriffen und seine Bürger dem Gesetze Gehorsam verweigern und falls er es für gut findet, ohne Ersuchen des Gouverneurs oder der Legislatur Truppen dorthin zu senden. Womit will man aber diese unbegründete Erweiterung der Executiv-Gewalt entschuldigen, wenn die Constitution für solche Fälle schon Mittel und Wege vorgeschrieben? Ist die Legislatur in Sitzung, so mag diese die Nationalregierung um Hülfe angehen, falls sie die Staatsbehörde nicht leisten kann; ist sie nicht in Sitzung, so steht dem Gouverneur dieses Recht zu, falls er sich selbst zu ohnmächtig hält, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen. Warum also ein Privilegium der Staaten auf die Central-Regierung übertragen? Warum den Präsidenten ohne Noth mit dictatorischer Gewalt bekleiden? Aber in dieser Centralisationspolitik gipfelt die Weisheit der radicalen Partei, sonst würde sie nicht auch noch die Wahlurne unter seine Controlle gestellt haben. In jeder Stadt über 20,000 Einwohner sollen bei Nationalwahlen Bundesbeamte angestellt werden, welche die Wahlen zu überwachen haben und falls sie sich in der Ausübung ihres Amtes behindert fühlen, dürfen sie die nächste bewaffnete Macht — natürlich das Militär — zu Hülfe rufen, um sie in ihrer Autorität zu unterstützen. Ein solches Gesetz macht die Wahlen zur Farce. Sie sind nur mehr so lange frei, als es den Bundesbeamten beliebt, sie frei zu lassen. Sobald der römische Senat den Consul mit bewaffneten Schaaren auf's Forum beorderte, um die Wahlen der Tribus zu stören, untergrub er das Fundament der großen Republik; sobald unser Congreß die Kuklux- und Militärwahl-Bill erließ, schlug er der Freiheit eine Wunde, an der sie verbluten muß, wenn jene Gesetze nicht aus den Statuten gestrichen werden. Oder glauben die Historiker im Congreß, die Logik der Thatsachen würde uns mit ihrer unerbittlichen Consequenz verschonen? Schon hat sich ihr zweischneidiges Schwert gegen die eigene Partei gewandt. Mit Entrüstung sehen wir in New Orleans den Bundes-Marschall, von Mitrailleusen und Bajonetten umstarrt, den Anhängern der mißliebigen Warmoth-Clique den Eingang zur Convention verwehren.

Mit Recht hielten unsere weisen Vorväter die Concentrirung übermäßiger Gewalt in eine Person für gefährlich, und die Geschichte sowohl, wie die jüngsten Ereignisse begründen die Triftigkeit ihrer Besorgniß.

„Die ich rief, die Geister,
Werd ich nimmer los."

Jene beiden Gesetze zertrümmern die letzten Ueberreste der Staatenrechte. Jeder Schatten von

Selbstregierung ist dort verschwunden, wo der Präsident den Bürger willkührlich der Freiheit berauben, die vom Volke gewählten Richter in ihrer Jurisdiktion beschränken oder durch willfährige Werkzeuge ersetzen, die Wahlurnen controlliren und jeder Zeit eine beliebige Truppenmasse in einen Staat werfen kann, falls es seiner Laune fröhnt oder seinen Zwecken dient. Kein gekröntes Haupt auf dem weiten Erdenrunde, außer in despotischen Monarchien, besitzt eine solche Willkührgewalt.

Mit der Schnelligkeit einer Lawine eilen wir vorwärts auf der schlüpfrigen Bahn zum Cäsarismus. In Rom wickelte sich dasselbe Schauspiel ab. Allmählich und schlau wußte man dort die verschiedenen Regierungsgewalten auf eine Person zu häufen, bis schließlich der Alleinherrscher fertig war, ohne daß das Volk eine Ahnung von der hinterlistigen Thatsache hatte.

Freilich wird hier der Centralisationsprozeß nicht so schnell von Statten gehen, wie dort. Das Volk schätzt das köstliche Gut der Freiheit noch zu hoch und entfaltet noch zu energischen Widerstand gegen die Angriffe auf seine Vorrechte. Noch ist die Corruption nicht durch alle Schichten gedrungen und noch schreit kein Proletariat um Brod und Fische wie in der Tiberstadt. Aber auch hier wird dasselbe Resultat erfolgen, wenn das Volk nicht auf der Hut ist und den Uebergriffen der Gesetzgebung und Executive Schranken setzt.

Mit besonderer Emphase betonen daher die demokratischen Platformen das Festhalten an dem alten Systemder Staats- und Localregierung, weil darin die einzige Garantie für die Freiheit des Bürgers und den Fortbestand der Republik ruht.

Grant's Willkürherrschaft.

Daß übrigens die Vorrechte — Zwillingsschwestern des Despotismus, — mit welchen jene Gesetze den Präsidenten bekleidet haben, in seinen Händen doppelt gefährlich werden können, ist bei seinem schweigsamen Charakter, seinem eisernen Willen und seiner militärischen Erziehung, die nur Commando und Subordination kennt, um so mehr zu fürchten, mag er noch so heilig und theuer vorgeben, daß nur der Wille des Volkes seine einzige Richtschnur sei. Wille des Volkes! Nach den jüngsten Wahlen in Nordcarolina in seiner „Hütte am Seeufer" befragt, was er gethan haben würde, wenn dort das Volk nicht nach der republikanischen Fiddel getanzt, gab er lakonisch zur Antwort: „Die Kukluxbill gibt mir die Macht, es zu zwingen." Da war, um mich einer volksthümlichen Redensart zu bedienen, die Katze aus dem Sacke gesprungen und wir wissen jetzt genau, was man im weißen Hause unter Volkswillen versteht.

San Domingo.

Auch in der San Domingo Angelegenheit hat er zur Genüge gezeigt, wie wenig er sich um den Willen des Volkes kümmert und sich sogar Uebergriffe in die Vorrechte des Congresses erlaubt, wenn es sich um Durchführung eines Lieblingsplanes handelt. Erst nachdem er zwei Jahre lang im Geheimen und hinter dem Rücken des Congresses intriguirt, ungeheure Summen ohne Autorität aus der Bundeskasse gezogen und an Baez hatte auszahlen lassen, erst nachdem er amerikanische Bürger, die den Annexationsschwindel durchschaut, vom Despoten des Zwitterstaates hatte in's Gefängniß werfen lassen, dem Usurpator Schiffe zur Verfügung gestellt, und der Republik Hayti, mit der wir in Frieden lebten, Krieg erklärt hatte, erst da ließ er sich herab, dem Congresse die mysteriöse Angelegenheit vorzulegen. Obwohl durch den Bericht der Untersuchungscommission auf's Gründlichste blamirt, durch die tüchtigsten Senatoren seiner eigenen Partei auf's heftigste bedrängt und denunzirt, von den Organen der öffentlichen Meinung verdammt, hält er ungeachtet der großmüthigen Versicherung, nichts gegen den Willen des Volkes zu thun, an seinem Projekte mit Zähigkeit fest. Erst vor Kurzem hat er wiederum 150,000 Dollars, die freilich durch Vorschuß von Privatpersonen aufgebracht worden waren, als Jahresmiethe für die Kohlenstation Samana an Baez auszahlen lassen. Selbst republikanische Senatoren bezeichnen dies als einen Akt der Usurpation, der hinlänglichen Grund zum Impeachment abgäbe.

Der Miethcontract der Bai von Samana lief schon am 29. März 1870 ab und war also, da er vom Senate nicht genehmigt wurde, nicht mehr in Kraft. Aber trotz dem deutlichen Ausspruch des Senates, trotz dem Willen des Volkes, gibt der Präsident seinen Lieblingsplan nicht auf, fährt fort die Miethe an Baez zu zahlen und entehrt sogar noch unsere Flagge dadurch, daß er die Flotte unter die Befehle jenes Usurpators stellt. Denn die Post, die Mitte Juli nach San Domingo abging, nahm Instruktionen vom Marinedepartement unter ausdrücklicher Gutheißung des Präsidenten an den dortigen Befehlshaber des amerikanischen Geschwaders mit, die gegenwärtige dominikanische Regierung gegen alle Angreifer, gleichviel ob einheimische oder ausländische, mit besonderer Wachsamkeit zu schützen und soviel als möglich den Wünschen des Präsidenten Baez zu willfahren.

Aber noch nicht genug. Erst neulich wurde die ganze Bemannung der Fregatte „Congreß" unter dem Commando des Lieutenants McCarly in der Bai von Manzanilla gelandet, um die Truppen des Baez zu verstärken, da ein Angriff vom Heere

seines Gegners Luperon erwartet wurde und später die bemannten Boote der „Yantic“ zu ähnlichen Zwecken an's Land gesetzt. Da außerdem der Usurpator sich in seiner Hauptstadt nicht besonders sicher fühlte, so wurde der Kriegsdampfer „Swatara“ in der Nähe derselben vor Anker gelegt, um ihn, falls er zur Flucht genöthigt sei, aufzunehmen und zu schützen.

Angesichts dieses eigenmächtigen Verfahrens von Seiten des Präsidenten läßt sich mit Gewißheit darauf schließen, daß in der nächsten Sitzung die Annexations-Commödie dem Congreß noch einmal vorgespielt wird. Die Anhänger der Administration werden sich dabei auf die republikanische Platform von Iowa stützen, die den Schwindel gerade zu gut heißt, und aus der republikanischen Platform unseres Staates eine für ihr Projekt günstige Auslegung herauszudrechseln verstehen. Sollten aber gar die Herbstwahlen sich zu Gunsten der Republikaner entscheiden, so werden jene Speichellecker sicheres Capital daraus machen. Sie werden sagen: „Das Volk hat den Annexationsplan bestätigt und den Uebergriff in die congressionellen Vorrechte gebilligt. Es war kein constitutionsbruch!“ Es ist also an der Zeit, meine Herren, daß Sie mit dem Scheuernthor winken und das demokratische Ticket stimmen! Solche Winke versteht man in Washington

Innig mit dieser Angelegenheit hängt die Ernennung des jungen Fabiens, dessen Vater den willfährigen Zwischenträger in den Verhandlungen spielte, zum Handelsagenten von Santa Barbara zusammen, einem Amte, das durchaus nicht benöthigt war, da jene Stadt durchaus keinen Handel hat. Indeß kann ein solcher Favoritismus kein Wunder nehmen bei einem Manne, der Günstlingen und Klingelbeutelträgern mit fetten Bundesämtern lohnt, der seine Sippe an der öffentlichen Krippe nährt, und nicht einmal in der Auswahl seines Cabinets den erwünschten Takt an den Tag legt. Statt sich mit Räthen und Ministern zu umgeben, die ein nationaler Ruf auszeichnet und auf welche das ganze Volk mit Vertrauen schaut, holt er sie aus allen Winkeln der Union zusammen und erst durch ihre Ernennung zu jenen prominenten Aemtern wird man ihre Existenz gewahr. Deßhalb auch die häufigen Cabinetswechsel.

Die Finanzfrage.

Einem dieser Herren sind wir ein besonderes Capitel schuldig, da er vermöge seiner Stellung einen fast dictatorischen Einfluß auf die pekunären Verhältnisse des Landes ausübt — wir meinen den genialen Finanzsekretär, dessen weise Politik in der möglichst schnellen Tilgung der Nationalschuld gipfelt. Obwohl die Durchführung dieses Strebens nur durch drückende Steuerauflage, welche die finanziellen Interessen des Landes auf's Empfindlichste berührt und lähmend auf Handel und Industrie einwirkt, erreicht werden kann, so ließe sich allenfalls noch eine Entschuldigung dafür auffinden, wenn vermittelst derselben wenigstens eine Rückkehr zu normalen Geldverhältnissen angebahnt würde. Aber daran wird nicht gedacht. Hätte der Finanzminister an Stelle seines Geniestreiches erst in 11 bis 15 Jahren fällig werdende Obligationen vor der Zeit aufzukaufen, durch Reservation des überschüssigen Edelmetalles in den Schatzgewölben die Sicherstellung des circulirenden Papiergeldes im Auge gehabt, so wäre ihm das Fiasco erspart gewesen, das seinen eigensinnigen Conversionsplänen im Auslande nach Verdienst zu Theil geworden.

War dort schon durch die flagrante Entscheidung der Legal Tender Akte seitens des Oberbundesgerichtes unser Credit arg erschüttert worden, so haben seine wunderlichen Finanzsprünge unsere Regierung drüben geradezu entehrt und das zu einer Zeit, wo die Bundeskasse von Mitteln überfluthet.

Eine solche Schmach hat Chase nicht einmal in den Tagen unserer schlimmsten Verlegenheit dem Lande angethan. Trotz spaltenlanger Annoncen, trotz hausirender Agenten, trotz höfischen Antichambrirens, trotz des Angebotes unserer Papiere unter dem gesetzlichen Emissionscours an der Börse ist es nicht gelungen, die Anleihe zu niedrigem Zinsfuß zu placiren. Man kennt dort den Unterschied zwischen 4 und 6 Prozent so genau wie hier. Man hat kein Vertrauen in eine Regierung, deren Papiergeld beständigen Schwankungen unterworfen ist und zumeist fürchtet man fortgesetzte Mißgriffe seitens des Finanzsekretärs, namentlich die weitere Erpressung drückender Steuern, mag auch der Vorsitzer des senatoriellen Finanzcommittees in seinen Reden Hundertmal das Gegentheil versichern. Solchen Versicherungen schenkt man drüben keinen Glauben. Man ist schon zu oft getäuscht worden.

Ein Mann, der seinen voreiligen Plänen zu Liebe, sagt die republikanisch gesinnte „New Yorker Handelszeitung,“ nicht blos sich selbst, sondern das ganze Land entehrt, sollte nicht länger im Amte bleiben. Er giebt die Finanzverwaltung der Ver. Staaten dem Gespötte der ganzen Welt preis.

Im Triumphe verkünden zwar seine Organe, daß ihm schließlich wenigstens die Placirung der fünfprozentigen Serie mit Hülfe eines hiesigen und europäischen Consortiums gelungen sei. Obwohl man ein Recht hätte, an der Zuverlässigkeit dieses Siegesgeschreis zu zweifeln, da schon früher Depeschen ähnlichen Inhalts von London und

Frankfurt aus korrigirt werden mußten, wollen wir es diesesmal als wahr hinnehmen, da jedenfalls bei den bevorstehenden Wahlen den Nationalbanken, die sich beim Finanzminister einen Stein im Brett halten müssen, peremptorisch die Zeichnung anbefohlen wurde. Aber um welchen Preis ist die Unterbringung gelungen? Außer einem ½ Prozent Commission dürfen jene Consortien das eingezahlte Gold drei Monate lang zinsfrei benutzen, was 1½ Prozent gleichkömmt. Um also ein Prozent zu sparen, opfert man zwei auf und schleudert nebenbei noch über eine Million für Anzeigen, Druckkosten und Emissäre weg. So ist der Profit des Umtausches für Jahre lang dahin.

Von einer Unterbringung der 4½ und 4 prozentigen Bonds kann vor der Hand keine Rede sein, und das darauf bezügliche Circular mußte bereits zurückgenommen werden; oder wird man glauben, daß die 100 Millionen, welche für die angekündigte Einlösung der Fünfzwanziger verwendet werden, ihren Weg für die niedrige Serie in's Schatzamt zurückfinden, wenn die Bonds der besten Eisenbahnen 6—8 Prozent Goldzinsen tragen? Thatsächlich sind diese schon im Steigen begriffen. Ein sicherer Puls ist die Börse.

Hätte aber der Finanzsekretär bei Zeiten an eine Besserung der Valuta gedacht, so hätte uns das Ausland seine Capitalien bereitwillig zur Verfügung gestellt, die europäischen Rothschilde hätten sich selber bei uns geholt, was wir ihnen jetzt in ihren Vorzimmern unter Bücklingen durch reisende Agenten feil bieten mußten. Und diese Demüthigung verdanken wir dem Starrsinne eines Mannes, der nur auf den Rath von Börsenspielern hört, denen seine finanziellen Seiltänzereien Millionen in den Säckel spielen. Der Präsident, der lieber auf den Riesgängen von Long Branch seine Rappen tummelt, als im weißen Hause sich um Regierungsgeschäfte kümmert, hat natürlich keine Zeit, den finanziellen Turnübungen seines Ministers Einhalt zu gebieten und opferte ihm sogar noch einen Beamten auf, der durch seine unparteiischen und gerechten Entscheidungen im Steuerbureau sich die Achtung des ganzen Landes erworben. Das wird wohl dem executiven Herzen wehe gethan haben, aber er will sich nicht gerne von einem Hexenmeister trennen, der alljährlich hundert Millionen Dollars Schulden abträgt, denn das ist ein Item, mit dem man beim Volke vor den Wahlen Eclat machen und die Verschwendung der öffentlichen Gelder bemänteln kann.

Man denke nur: Zwei hundert Millionen sind in 2 Jahren getilgt worden. Richtig; aber mit welchen Opfern? Man hat für die getilgten Obligationen ein Prämium von 26 Millionen bezahlt, nur, wie Wells treffend auseinandergesetzt, die Verpflichtung der Regierung hinterlistig auf die Schulter des Volkes übertragen. Denn jene Summen wurden natürlich nur durch Zölle aufgebracht, die der Importeur zu zahlen hatte. Dieser aber schlägt sowohl den Betrag der Zölle als die zugehörigen Prozente auf die Waaren. Dasselbe Experiment wiederholen Groß- und Kleinhändler, bevor sie aus ihren Händen in die des Consumenten weitergehen. Das bringt einen Aufschlag von etwa 50 Prozent zu Wege. Für jeden Dollar also, der zur Schuldtilgung verwandt wurde, zahlte das Volk anderthalb mal so viel, und die Abtragung der 200 Millionen legte ihm ein Extraopfer von 100 Millionen auf.

Prüft man deshalb jene Schuldverminderung genauer, so ist kaum einzusehen, wie die republikanischen Redner und Administrationsorgane noch Aufhebens davon machen können. Denn da sie nur durch kaum zu rechtfertigenden Steuerdruck ermöglicht wurde, so zeugt sie eher von der Härte als der Oeconomie der Regierung. Ja, man darf sogar mit dem größten Rechte fragen, warum bei den ungeheuren Revenüen nicht statt der 200 Millionen wenigstens das Doppelte abgetragen wurde. Oder würden Sie es dem Schneider zu großem Danke wissen, der Ihnen aus 10 Yards Tuch nur einen einzigen Rock anfertigte? Sie haben zwei oder drei Röcke erwartet. Was würden Sie aber mit dem Kleiderkünstler erst anfangen, der mit solchem Meisterstücke gar noch prahlen wollte? Ich weiß gewiß, Sie würden ihn ohne Ceremoniell durch die Oeffnung hinausspediren, die der Zimmermann für solche und ähnliche Zwecke gelassen. Wollen Sie sich denn von den finanziellen Prahlhansereien der Administration bestechen lassen und noch gar in das Loblied ihrer Lakaien einstimmen, die Ihnen die Plünderung des Volkes als Sparsamkeit anpreisen und mit solchem Gaukelspiel b l a u e n D u n s t vormalen?

Ja, blauer Dunst ist diese gerühmte Sparsamkeit. Lassen Sie uns sehen!

V e r s c h w e n d u n g.

Die Einnahmen von Steuern jeder Art betrugen in den beiden letzten Jahren 850 Millionen. Ziehen wir davon 300 Millionen für Pensionen und Zinsen für die öffentliche Schuld und 200 Millionen für eingelöste Staatspapiere ab, so bleibt eine Bilance von 350 Millionen für administrative Zwecke. Buchanan, obgleich er den Mormonenkrieg zu führen hatte, brauchte kein Jahr mehr als 70 Millionen für sämmtliche Ausgaben, in zwei Jahren also 140 Millionen. Die Verwaltung der Departements allein hat uns also in den zwei letzten Jahren über 200 Millionen mehr gekostet, als selbst die verschrieene Verwaltung Buchanan's in demselben Zeit-

raum. Welche Entschuldigung hat man aber für jene Extravaganz? Ist unsere Armee zahlreicher wie damals? Nein, gerade so stark. Oder ist unsere Flotte größer? Nein, sie hat sich verringert. Oder ist der Gehalt der Richter erhöht worden? Sie mögen für sich selbst Antwort geben. Weshalb also diese enormen Ausgaben? Die Armee allein verschlang im vorigen Jahre 127 Millionen, die Flotte 28 Millionen und der Civildienst sogar 54 Millionen, gerade so viel, als unter der Administration von Pierce sämmtliche Ausgaben betrugen. Vertheilen wir dieselben auf die Einwohnerzahl, so fällt auf den Kopf unter Pierce $2.09, unter Buchanan $2.01 und unter unserer jetzigen Regierung, selbst wenn wir die Summen für die Pensionen, Schuldinteressen ꝛc. abziehen, immer noch $5.50, also wenigstens zwei und ein halbmal soviel als unter irgend einer demokratischen Verwaltung.

Braucht man sich dann noch zu wundern, wenn der Vorsitzer des congressionellen Appropriations-Committee's im Hause öffentlich erklärte, daß die Administration Grant's im ersten Jahre 42 Millionen mehr gekostet habe, als selbst die des verhaßten Johnson, und im zweiten Jahre sich sogar noch um einige Millionen mehr gesteigert habe. Das nennen die republikanischen Reder Sparsamkeit. Sonderbare Begriffsverwirrung! Die Regierung Großbritanniens erheischt alljährlich 300 Millionen. Dafür unterhält es ein stehendes Heer von 120,000 Mann, eine wenigstens 12mal größere Flotte als die unsrige, einen prunkhaften Hof nebst unzähligen Prinzen und Prinzessinnen. Unsere Bundesregierung verschlingt allein über 400 Millionen, unsere Staats- und Localregierungen nebenbei 250 Millionen, unsere ganze Verwaltung also doppelt soviel wie die kostspielige England's mit seiner riesigen Nationalschuld.

Will man eine solche Verschwendung als Sparsamkeit, will man ein solches Raubsystem als Muster der Volkswirthschaft anrühmen, dann verdient der Markgraf von Anspach unsere volle Bewunderung, der seine Gläubiger mit den Summen abfand, die er reichen Israeliten mit Stockschlägen und Kerkerstrafen abgepreßt hatte, und jener wunderliche Schuster muß als das Ideal eines Finanzmannes gelten, der den Reichen das Leder stahl, um den Armen Schuhe daraus anzufertigen.

Damit Sie aber nicht etwa glauben, als seien die von mir oben angegebenen Zahlen zu hoch gegriffen, so berufe ich mich auf den offiziellen Bericht des Finanzsekretärs, der für die beiden letzten Jahre eine Einnahme von $794,570,421 einräumt. Darin sind aber die $19,772,221, die das Postdepartement abwarf, ferner $69,200,657, die letztes Jahr, und $50,000 Millionen, die in diesem Jahre für verkauftes Kriegsmaterial eingingen, nicht eingerechnet, wie der Direktor des statistischen Bureau's nachgewiesen. Addiren Sie diese Summen zu der früheren, so erhalten Sie eine Totaleinnahme von $933,652,299, also sogar 83 Millionen mehr als die von mir angenommene.

Bei so ungeheuren Revenüen verdient der Finanzsecretär einen um so größeren Tadel, daß er die Verbesserung unserer Valuta vernachlässigt hat. Diese Unterlassungssünde ist der schwärzeste Fleck seiner Verwaltung. Mit dem Aufhören des jetzigen Misere's würde jeder Artikel seinen natürlichen Werth wieder finden, den wilden Speculationen würde gesteuert, den massenhaften Bankerotten Einhalt gethan, Vertrauen und Sicherheit kehrte in den Handel und Wandel zurück, unser Credit würde sich im Auslande heben, der alte Streit über die Bezahlung der Fünfundzwanziger fände seine friedliche Lösung, die Verschreibung von Prämien für eingelöste Obligationen hörte auf und die Einziehung der alten Stücke könnte nach Erlaubniß unserer Mittel vor sich gehen.

Die Tarif-Frage.

So lange übrigens unsere Waareneinfuhr den Export um das Dreifache der im Lande gewonnenen Edelmetalle übersteigt und sich dieses Mißverhältniß sogar von Jahr zu Jahr zu unsern Ungunsten steigert, ist eine nachhaltige Besserung der Valuta kaum zu erwarten. Das Uebel muß also an der Wurzel angegriffen, Einfuhr und Ausfuhr in das richtige Verhältniß gebracht werden. Dazu ist es absolut erforderlich, daß der Finanzsecretär, der in übermäßiger Steuerauflage das einzige Heil des Landes erblickt, von seinem verkehrten Grundsatz absteht, Handel und Gewerbe von dem auf ihm lastenden Alp befreit und die Concurrenz mit dem Auslande wieder ermöglicht. Eine Umgestaltung unseres jetzigen Zollsystems ist also dringend geboten, denn in ihm liegt das Hauptübel jenes Mißverhältnisses. Das unserm Zollsystem zu Grunde liegende Princip beabsichtigt, zur Ermöglichung einer schnellen Abtragung der Nationalschuld einestheils hohe Einnahmen durch Zölle zu erzielen, anderntheils durch Schutz unserer einheimischen Industrie und die Entwicklung unserer zahlreichen Hülfsquellen die Steuerkraft des Landes zu heben und die inneren Revenüen zu mehren. So bestechend die Theorie ist, so schlecht hat sich das Mittel zu ihrer Durchführung bewährt. Statt die Industrie zu fördern, hat es sie gehemmt und nur die Interessen der Einzelnen auf Kosten der Vielen begünstigt. Die dem Schatzamte zufließenden Summen stehen in keinem Verhältniß zur Vertheuerung der besteuerten Artikel und das folgerechte Steigen des Rohmaterials, der Arbeitslöhne, Maschinerieen und Transportationskosten hat die Fabrikation derart

beeinträchtigt, daß sie mit dem Auslande nicht mehr Schritt halten kann und deshalb im Verfall begriffen ist. Nur einzelnen Monopolisten kömmt der Schutzzoll zu Gute; für jeden Dollar, der in's Schatzamt fließt, wandert das Zehn- oft Zwanzigfache in ihre Taschen. Das Volk wird dafür angezapft.

In unserer Zollliste finden sich 195 Artikel verzeichnet, die der Bundeskasse blos eine jährliche Einnahme von $240,000 abwerfen, während sie durch Ausschließung der ausländischen Concurrenz Millionen in den Säckel der östlichen Fabrikherren spielen. Einer dieser Artikel ist das in der Stahlfabrikation und Photographie benutzte blausaure Kali, welches mit 10 Prozent Eingangszoll belegt ist und im vorigen Jahre nur eine Zolleinnahme von $4581 abwarf. Nun existirt in den ganzen Ver. Staaten nur eine einzige Fabrik, die diesen Artikel herstellt. Der inländische Verbrauch desselben beläuft sich auf 6 Millionen Pfund und die Differenz des Preises in England und New York beträgt 12 Cents. Ueber eine halbe Million wandert also jährlich aus den Taschen des Volkes in die des Fabrikanten, blos um diesen zu bereichern, denn die Steuer, welche die Regierung davon zieht, ist kaum des Nennens werth. Wahrhaftig ein theurer Schutz der Industrie!

Zur weiteren Illustration des schädlichen Einflusses des Schutzzolles wollen wir einige Artikel auswählen, die entweder absolut nothwendige Lebensbedürfnisse bilden, oder so wichtig in alle Zweige der Industrie eingreifen, daß eine hohe Besteuerung derselben die weittragendsten Folgen nach sich ziehen muß: das Salz und das Eisen. Die Ver. Staaten verbrauchen ungefähr jährlich 39 Millionen Buschel Salz. Bei dem hohen Tarif von 125 Prozent muß das Volk 9 Millionen Dollars mehr bezahlen, als die Herstellung desselben kostet, während das Schatzamt nur 1 Million Zölle dafür einnimmt. Der Farmer, der es zum Füttern des Viehes, der Fleischpökler, der es zum Einsalzen, die Familien, die es fast in allen Speisen brauchen, werden ungerechter Weise zu Gunsten einiger Salzmonopole beraubt, die lachend die Profitchen einsäckeln. Deshalb ist es nicht zu verwundern, daß der Stock der Onondaga Salzcompagnie, der im Jahre 1860 blos $160,000 werth war, im Jahre 1867 auf 4½ Millionen gestiegen war.

Der Verbrauch des Roh-Eisens in den Ver. Staaten beläuft sich jährlich auf 1,800,000 Tonnen. Die Herstellungskosten betrugen durchschnittlich $25 per Tonne, der Verkaufspreis etwa $35, weil ein Eingangszall von $9 es schützt. Achtzehn Millionen muß also das Volk direct den Eisenmagnaten zahlen, während nicht viel über eine Million für importirtes Eisen als Zoll in die Bundeskasse fließt. Bedenkt man aber, wie dieser Artikel in alle industriellen Zweige und alle Lebensverhältnisse eingreift, wie kaum ein einziger Gegenstand ohne Hülfe desselben hergestellt werden kann, so sieht man ein, welche Summen an indirekten Steuern jährlich vom Volke durch den hohen Schutzzoll zu Gunsten einiger Eisenfabrikanten abgenommen werden und welche Vertheuerung unzähliger nothwendigen Dinge hierdurch eintreten muß. Jeder Nagel, jeder Spaten, jeder Pflug, jedes Hufeisen, jedes eiserne Kochgeschirr, jede Nähnadel, jedes Handwerkszeug, jede Locomotive, jede Dampfmaschine — und wer kann alle die Artikel nennen? — werden auf diese Weise vertheuert. Den Farmer zwingt es, sein Getreide billiger zu verkaufen, den Kaufmann, höhere Preise auf seine Waaren zu schlagen, da die vertheuerte Construction der Eisenbahnen die Fracht in die Höhe treibt. Das ist der Segen eines hohen Tarifs. Derselbe schädliche Einfluß ließe sich an unzähligen anderen Artikeln nachweisen, doch dies genügt, um dem Schutzzoll das Verdammungsurtheil zu sprechen. Absolutem Freihandel redet bei unserer colossalen Schuldenmasse Niemand das Wort, aber die Zölle sollten nur auf solche Artikel gelegt werden, welche entweder die Massen nicht bedürfen und deren Vertheuerung sie also nicht drückt, oder deren Steuern gänzlich und allein der Bundeskasse zu gute kommen, also nur auf Luxusartikel und solche Fabrikate und Erzeugnisse, welche im Inlande nicht produzirt werden können. Rohmaterialien und nothwendige Lebensbedürfnisse sollen entweder ganz frei oder nur gering besteuert sein. Niedere Zölle vermehren den Consum, verhüten den Schmuggel, begünstigen dadurch ergiebige Revenüen und bringen jeden auf diese Artikel geschlagenen Dollar in die Bundeskasse. Unser jetziges Protectivsystem hingegen, welches diese Artikel mit hohen Zöllen belegt, beeinträchtigt Handel und Gewerbe, unterdrückt den Ackerbau, dem wir den größten Reichthum des Landes schulden, bringt Arbeit und Kapital in Antagonismus, betrügt das Genie um die Resultate seiner Erfindungen und vertheuert die Errungenschaften der exacten Wissenschaften, denen wir den Fortschritt der Welt verdanken, derartig, daß das Emporblühen und die rasche Entwicklung des Landes gehemmt wird und uns fremde Nationen trotz unserer reichen Hülfsquellen überflügeln. Den schlagendsten Beweis hierfür liefert die betrübende Thatsache, daß die Ver. Staaten fast nur mehr Naturprodukte und Fabrikate der niedersten Art exportiren, die Ausfuhr solcher Artikel hingegen, deren Herstellung Geschicklichkeit und Intelligenz fordert, fast gänzlich aufgehört hat. Eine solche Ausfuhr haben auch Barbarenvölker, zu denen die Civilisation noch nicht gedrungen.

Für den Arbeiter hat allerdings auf den ersten Blick ein hoher Schutzzoll etwas Bestechendes. Man

macht ihn glauben, daß dadurch die Löhne erhöht und die Beschäftigung vermehrt wird. Das sind nur trügerische Vorspiegelungen. Eine genauere Prüfung zeigt, daß nicht die Zahl der verdienten Dollars den hohen Lohn bedingt, sondern vielmehr das Verhältniß zwischen dem Verdienst und den Preisen der Subsistenzmittel. Nun werden aber bei den erhöhten Arbeitslöhnen durch den Schutzzoll die Preise der Lebensmittel, der Kleidung und Haushaltungsbedürfnisse der Art in die Höhe getrieben, daß sie in keinem Verhältnisse mehr zum Verdienste stehen, und der Arbeiter mit seinen hohen Löhnen nicht mehr so viel kaufen kann, wie früher. Während die Löhne durchschnittlich um 11 Prozent gestiegen sind, haben sich die Kosten des Lebensunterhaltes um wenigstens 27 Prozent vermehrt. Der geringste Vortheil der Lohnerhöhung wird also durch die vermehrten Ausgaben um mehr als das Doppelte aufgewogen, und reicht also nicht aus, diese zu decken. In der That weiß jeder Arbeiter aus Erfahrung, daß bei dem früheren niederen Tarif, bei mäßigen Löhnen, bei niedrigen Preisen der Lebensbedürfnisse und Miethen ein Spaarpfennig zurückgelegt werden konnte, während jetzt der Unterhalt der Familie den ganzen Verdienst aufzehrt und oft genug Noth und Hunger an die Thüre klopfen, weil bei der verminderten Fabrikation keine Beschäftigung zu finden ist. Das ist auch die Ursache, warum in dieser wichtigen Frage die Arbeiterpartei mit den Demokraten geht und mit ihnen einen solchen Tarif fordert, der der Regierung nur die zur Bestreitung ihrer Ausgaben nöthigen Mittel liefert.

Aber nicht bloß die Arbeiter erkennen den schädlichen Druck des Schutzzolles, auch den Fabrikanten verschiedener Branchen sind die Augen aufgegangen und sie haben sogar Petitionen an den Congreß eingereicht, worin sie um eine Ermäßigung desselben nachsuchen. Sollten dem Landmann nicht auch die Augen aufgehen? Statistische Nachweise zeigen zur Genüge, daß bei jedem hohen Tarif seine Produkte im Preise fielen, bei'm niedrigen hingegen im Werthe stiegen. Dazu kommen noch vertheuerte Löhne, vermehrte Ausgaben für Ackergeräthschaften, Kleider, Haushaltungsgegenstände, so daß sein Profit bedeutend vermindert wird und er sich Bequemlichkeiten versagen muß, die ihm früher sein saures Leben versüßen konnten.

Welchen ruinirenden Einfluß der hohe Schutzzoll auf unseren Handel mit dem Auslande und unsere Schiffahrt ausgeübt, erhellt unwiderleglich aus der bedeutenden Verringerung unserer Handelsflotte. Während noch im Jahre 1860 924 amerikanische und 613 ausländische Schiffe jenen Handel vermittelten, bethätigen sich jetzt nur mehr 365 unserer und 1391 ausländische Schiffe an demselben. Damals verdienten unsere Schiffe an Frachten 19 Millionen Dollars mehr als die ausländischen, heute 23 Millionen weniger als diese, ein jährlicher Ausfall von 42 Millionen zu unserem Schaden.

Man nimmt an, daß dadurch 40,000 tüchtige Arbeiter ihres Verdienstes beraubt worden seien. Aber fragen Sie, inwiefern hat der Schutzzoll die Schuld daran? Die Erklärung liegt auf der Hand. Bei den vertheuerten Preisen des zum Schiffsbau erforderlichen Materials, des Eisens, Kupfers, Holzes und Tackelwerkes, wurde es unseren Schiffbauern unmöglich, länger mit England zu concurriren, das seine Schiffe, weil es jene Artikel nicht besteuert, um ein Viertel billiger herstellt, als wir. Von unseren vielen herrlichen Schiffswerften ist daher nur ein einziges geblieben, das sich nur mit Reparaturen beschäftigt.

Eine andere Ursache liegt tiefer. Wir brauchen vom Auslande vieles Rohmaterial. Bei dem früheren niederen Tarif und billigerer Arbeit waren wir im Stande, dasselbe gegen unsere eigenen Fabrikate einzutauschen. Wir führten ihm diese in unseren eigenen Schiffen zu, wie wir das Rohmaterial in unseren eigenen Schiffen herholten. Baumwollenzeuge, gewöhnliche und elegante Möbel, Eisenwaaren, Ackergeräthschaften, Töpferwaaren, Dampfmaschinen, Druckerpressen, Papier, Schreibmaterialien, Wagen, Kopf- und Fußbekleidung gingen auf diese Weise in alle Theile der Welt und zwar in einheimischen Schiffen und in einheimischen Schiffen brachten wir die Naturprodukte dieser Länder heim.

Heute wollen sie unsere Fabrikate nicht länger, nicht, weil sie kein Bedürfniß dafür haben, nicht, weil sie schlechter, sondern weil sie theurer geworden. Sie ziehen unser Gold vor, weil sie mit diesem in fremden Märkten mehr und billiger kaufen können, als in den unseren. Unsere Schiffe führen also keine Waaren mehr nach jenen Ländern aus, und bringen keine mehr heim. England, das unsere Exchange vermittelt, besorgt das Geschäft jetzt für uns, da es zugleich billigere Frachten berechnen kann. Nichts ändert an dieser betrübenden Thatsache die überkluge Erklärung des Herrn Präsidenten, daß die Verwendung fremder Schiffe zur Transportation unserer Waaren Geld in den Ocean werfen hieße. Leider hören Gemüthlichkeit und Patriotismus in Geldangelegenheiten auf, namentlich bei unserem praktischen Volke.

Das sind die schlimmen Ursachen, weßhalb unsere Schiffsbauhöfe leer stehen, unsere Handelsflotte am Strande verfault und unsere Matrosen an ausländische Makler sich verdingen müssen. Die verkehrte Gesetzgebung ist die Alabama, die unsere Kauffahrer von den Meeren getrieben, der hohe Schutzzoll der Corsar, der unsere Schiffe in die Häfen bannt. Das allein sollte wahrlich genügen, dem Volke die Augen zu öffnen und die Fürsprecher des Schutzzolls für immer zu brandmarken.

Ein ähnlicher Rückschritt ist in vielen Zweigen der Industrie ersichtlich. Vor der Einführung des Schutzzolles waren wir im Stande, mit allen Völkern des Auslandes zu concurriren, unser Handel blühte, der Export mehrte sich stetig, manche unserer Fabrikate waren besser, billiger und beliebter, als die ihrigen, ja sie fälschten sogar unsere Fabrikzeichen, um bessern Absatz ihrer Waaren zu erzielen. Wie hat sich dies Alles durch die Einführung eines hohen Tarifes geändert! Der Absatz ist geringer, der Verbrauch hat sich vermindert, die Ausfuhr nimmt von Jahr zu Jahr mehr ab, der Fabrikant klagt, Ausstände sind nur schwer zu collektiren, Fallissements mehren sich

zusehends, Arbeit und Capital liegen in beständigem Hader, die massenhaften Arbeiterausstände zeigen, daß Verdienst und Lebensunterhalt in keinem Verhältnisse mehr stehen, der Reichthum häuft sich unter den Wenigen, die Armuth greift um sich unter den Massen — und das Alles trotz der Intelligenz unseres Volkes, trotz der Vervollkommnung unserer Maschinen, trotz der Ausdehnung unserer Communicationsmittel, trotz der steigenden Einwanderung, die uns jährlich Hunderttausende rüstiger, arbeitsfähiger Hände zuführt.

Aber ungeachtet dieser trübseligen Zustände schildern die republikanischen Redner in den glänzendsten Farben unsere Prosperität, unsern Reichthum, unsere blühende Industrie. Ihren Worten nach sollte man glauben, wir lebten im Paradiese und wären unserm vortrefflichen Zollsystem und der ausgezeichneten Verwaltung den herzlichsten Dank dafür schuldig. Ja bei dem fruchtbaren Boden und dem mannigfaltigen Klima unseres Landes, die die verschiedenartigsten Produkte erzeugen, bei den reichen Schätzen, die der Schooß unserer Berge birgt, bei der bedeutenden Küstenentwicklung und den großen Binnenströmen, die die Schiffahrt so wesentlich begünstigen, bei der Energie, Geschicklichkeit, dem Unternehmungsgeist und der Intelligenz unseres Volkes, die fast das Unmögliche besiegen können, sollten Acker- und Bergbau in der höchsten Blüthe stehen, unsere Fabriken ein Bild lohnender Thätigkeit bieten und Handel und Schiffahrt im höchsten Schwunge sein — ja unser Land sollte ein Paradies sein und würde es sein, wenn nicht ein böser Engel mit dem flammenden Schwerte des Schutzzolles in den Häfen den Eingang verwehrte und den Segen unserer reichen Hülfsquellen vernichtete. Ja, unser Land würde ein Paradies sein, wenn einmal die republikanischen Führer nicht länger mehr ihr altes Steckenpferd reiten und ihr Ohr den Forderungen der Zeit verschließen, wenn sie einmal begreifen wollten, daß es sich nicht mehr um die Reconstruktion der Südstaaten, sondern um die Reconstruktion unserer Finanzverhältnisse handelt. Aber solchen Männern, sagt Wells treffend, die ihr ganzes Betriebscapital mit der Befreiung des Negers erschöpft haben, die Umgestaltung unserer Finanzen und die Entwicklung unserer Hülfsquellen zumuthen wollen, heißt ungefähr ebensoviel, wie einen Chronometer mit Schmiedehämmern und Brechstangen repariren.

So großen Tadel sie übrigens verdienen, eine Tugend muß man ihnen einräumen; mit naiver Bescheidenheit gestehen sie ihre Unkenntniß zu, erklären, daß keine solche Wissenschaft wie Nationalökonomie existire und daß sie keinen Unterschied zwischen Schutz- und Revenuezoll kännten. Heilige Einfalt! Was würde man von einem General denken, der nicht an Taktik und Strategik glaubt; was von einem Arzte, der den Bau des menschlichen Körpers nicht kennt, was von dem Advokaten, der seinen Blackstone nicht gelesen, und was vom Mathematiker gar, der nicht einmal eine gerade von einer krummen Linie unterscheiden kann? Zum Glück kömmt diesen Finanzschülern ein volkswirthschaftlicher Schulmeister in der Cinc. Times und Chronicle zu Hülfe, der, um wenigstens ihre Theorie zu retten, nach englischen Autoritäten zu beweisen sucht, daß die europäischen Staaten durch die Auflage hoher Schutzzölle prosperirten. Auf England läßt sich dies gewiß nicht beziehen, da es fast dem Freihandel huldigt und nur von einzelnen Artikeln, wie Tabak, alcoholischen Getränken, Thee und Kaffee und eingemachten und getrockneten Früchten Zölle erhebt. Auch bezüglich der deutschen Zollvereins-Staaten ist die Behauptung nicht stichhaltig und der Aufschwung der Industrie in denselben nicht einem Schutzzolle, sondern vielmehr anderen Ursachen zuzuschreiben. Ich will dies am Eisen zeigen. Der Eingangszoll auf dasselbe ist in Preußen ungefähr 2 Dollars per Tonne, verglichen mit dem unserigen, der 9 Dollars beträgt, ein sehr niedriger. Die Ursache des Emporblühens dieser Industrie lag also nicht in hohem Zolle, vielmehr in einer liberalen Politik der preußischen Regierung, indem sie Straßen und Eisenbahnen baute und dadurch den Transport billiger machte, ferner in der Freigabe der Betriebszeit der Hüttenwerke, welche früher auf bestimmte Tage beschränkt war, anderentheils in der bedeutenden Verbesserung der Maschinen, die das Trockenlegen der Gruben und die Tagförderung der Erze zu billigeren Preisen ermöglichte und endlich in dem ungeheuren Zustrom englischen Kapitals, das die Mittel zu energischem Betriebe an die Hand gab. Erst nachdem alle diese verschiedenen Agentien ihre günstige Wirkung ausübten, nahm die Prosperität der Eisenproduction zu und dabei stiegen die Arbeitslöhne der Bergleute. Ich erinnere mich noch sehr gut, daß sie vor 25 Jahren für 11 Silbergroschen täglich arbeiteten, heute verdienen sie mit Leichtigkeit 1—2 Thaler.

Arbeiter und Hüttenbesitzer finden dabei gleich gute Rechnung, trotzdem der Eingangszoll ein verhältnißmäßig niedriger ist. Ein Schutzzoll, wie der unserige, würde sogar dort diesen ganzen wichtigen Erwerbszweig ruiniren, da er auf indirekte Weise die Gewinnung derartig vertheuern würde, daß an eine Concurrenz mit dem Auslande nicht mehr zu denken wäre. Ich kenne diese Verhältnisse genau, weil ich in einem Minendistrikte geboren bin, wo Stollen an Stollen und Hüttenwerk an Hüttenwerk sich reiht.

Wie man überhaupt die Kühnheit haben kann, den Tarif des deutschen Zollvereins einen Schutzzoll zu nennen und ihn noch gar zum Beweise der Vortrefflichkeit dieses Systems verwerthen will, ist mir ein Räthsel, für dessen Lösung ich besonders dankbar sein würde. Der Tarif des deutschen Zollvereins ist nur ein Revenuetarif, wie ein Blick auf die Zollliste zur Genüge zeigt. Viele Artikel sind dort ganz frei, die bei uns hoch besteuert sind, und die besteuerten Artikel zahlen nur einen verhältnißmäßig geringen Eingangszoll. Eisen zahlt nicht den vierten Theil wie bei uns; fertige Kleider nur $14.40 per Centner, bei uns 55 Dollars und außerdem noch 35 Prozent ihres Werthes. Zucker zahlt nur die Hälfte, Thee nur den fünften Theil, Schuhe nur $2.88 per Centner, bei uns 35 Prozent ihres Werthes.

Und hier will ich nachträglich noch auf eine beson-

dere Ungerechtigkeit unseres Tarifes aufmerksam machen. Während er der reichen Dame auf ihren Goldschmuck nur 25 Prozent, auf ihre Diamanten sogar nur 10 Prozent Eingangszoll abfordert, hat die Frau des armen Taglöhners für ihr wollenes Shawl, mit dem sie die bittere Winterkälte abhält, 35 Prozent und außerdem noch 50 Cents für jedes Pfund seines Gewichtes zu entrichten. Summa Summarum: Unser jetziger protektiver Tarif ist zu Gunsten der Capitalisten und des Monopols auf Kosten der Massen zusammengedüftelt worden, er macht die Reichen reicher und die Armen ärmer und schädigt die besten Interessen des Landes. Weg damit!

Aber das geht nicht so leicht, denn es erfordert einen heftigen Kampf mit der Macht der Monopole und Corporationen. Sie beherrschen alle Zweige der Regierung, selbst das Oberbundesgericht hat sich zu ihrer Dienstmagd entwürdigt. Anders kann man wenigstens die flagrante Umstoßung der frühern Entscheidung der Legal Tender Akte nicht erklären. Bloß weil diese, da sie die in Contrakten stipulirte Goldzahlung als rechtsgültig anerkannte, den Corporationsfürsten mißliebig war, setzten sie es durch, daß jenem Gerichtshof, dessen Ausspruch bisher als letztes Wort gegolten, zwei neue Mitglieder beigefügt wurden und die Welt mußte das empörende Schauspiel erleben, daß diese zu besondern Zwecken vermehrte Gerichtsbehörde einen dem frühern gegentheiligen Entscheid abgab.

Nichts kann einen mehr entsittlichenden, alle Autorität und alles Rechtsgefühl untergrabenden Einfluß auf das Volk ausüben, als wenn die Gerechtigkeit zur Metze der Partei herabsinkt. Voll Scham mag die Göttin ihr Antlitz verhüllen, wenn sie ihre Diener mit dem Gold und den Sonderinteressen liebäugeln sieht. Endgültig zwar bleibt der Ausspruch jenes Gerichtshofes nach wie vor, aber das Vertrauen in seine Rechtlichkeit ist erschüttert worden. Wie sehr dies Verfahren unsern Credit in den Augen des Auslandes beeinträchtigt, haben wir oben schon angedeutet, welchen Unwillen es in europäischen Kreisen, wo man an den alten hausbackenen Rechts-Begriffen noch festhält, hervorgerufen, davon liefert eine Londoner Correspondenz im Cinc. Commercial ein drastisches Zeugniß.

Die Landverschleuderungen u. s. w.

Das ist das Sündenregister, das lange, der herrschenden Partei, dem man noch die ungeheuren Landverschleuderungen an Eisenbahnen zufügen kann. Sie sind ein Raub am Gute der Nation. Freilich hatte man geglaubt, daß die Anlage von Eisenbahnen nach der pazifischen Küste die Einwanderung nach jenen wüstliegenden Landstrichen locken würde. Westliche Zeitungen aber klagen, daß die Folge den Erwartungen nicht entsprochen hat. Wie eine Treibhauspflanze nie die Kraft und Stärke der auf heimischem Boden wachsenden erreicht, so gedeiht auch die Einwanderung nur, wenn man sie ihrem natürlichen Strome überläßt. Dieser Strom wird aber durch die Landverschenkungen unterbrochen, theils weil sie den Preis des Landes von der Willkür der Corporationen abhängig machen, theils weil die hohen Frachtsätze der Eisenbahnen den Landmann zwingen, seine Erzeugnisse zu Spottpreisen loszuschlagen.

Die von ihm gemachten bittern Erfahrungen und der hohe Preis der Ländereien halten Andere zurück ihm nachzufolgen. Nun hat freilich die republikanische Partei unseres Staates in ihrer Platform einen Beschluß gegen diese Verschleuderungen aufgenommen, aber warum stimmten denn ihre Congreßmitglieder gegen den Antrag des demokratischen Senators Thurman, der diese Ländereien den wirklichen Ansiedlern zu mäßigen Preisen offen halten wollte?

Können Sie nun, m. H., diese Fehler und Mißgriffe der herrschenden Partei vertheidigen? Sicher nicht, wenn Sie ehrlich denken. Sie verlangen Reform. Aber wie schwer ist der Kampf gegen die Macht, gegen die Vorurtheile und Interessen! Da komme Einer mit Reform dem weißen Hause, wo der Glanz der Macht und Würden lacht. Da komme Einer mit Reform der Patronage, die unterthänigst Profit sagt, wenn ihr Herr und Meister niest, oder der Capitalmacht, die die schlechteste Partei am besten gebrauchen kann, oder den Parteiknechten, die ihre Seele für immer verkauft haben und für den Satan selber stimmen würden, wenn er auf dem Ticket stände, oder den Gedankenlosen, die der Corporalstock des Vorurtheils in Reih und Glied hält.

Und doch muß sie kommen, die Reform, sonst sind wir verloren, aber kommen wird sie erst, wenn wir gelernt haben, uns vom Gottesgnadenthum der Partei zu emancipiren und nicht mehr ihrem Götzenbilde, sondern dem allgemeinen Besten dienen. Das allgemeine Beste soll des Bürgers höchstes Ziel sein. Wenn die herrschende Partei ihr Sonderinteresse über das des Vaterlandes setzt, wenn sie sich dem Monopole und den Corporationen als Sclaven verkauft, wenn sie, um sich in der Macht zu halten, die Constitution gewissenlos dehnt und streckt, den Forderungen der Zeit hartnäckig ihr Ohr verschließt, dann wird es für den wohlmeinenden Bürger zur gebieterischen Nothwendigkeit, ihr an der Wahlurne die Zuchtruthe zu appliziren, damit sie begreifen lernt, daß über der Parteigewalt der Wille des Volkes steht. Ueberhaupt ist bei der jetzigen Gestaltung des Landes, bei der verwickelten Finanzverwaltung, bei dem riesigen Beamtenheer, bei der Zahl und Macht der Ringe, ein häufiger Wechsel nothwendig geworden. Dadurch allein kann der Corruption gesteuert werden. Sobald sich eine Partei zu sicher in der Macht fühlt, wird sie übermüthig und schlecht. Das beste Mittel dagegen ist einer andern Partei die Regierung anzuvertrauen. Neue Besen kehren gut!

3 0112 072642884